

1. Der SPD-OV Schwetzingen möge beschließen, die übergeordneten Verbände in Kreis, Land und Bund der SPD zu veranlassen, über geplante Anpassungen der Diäten und sonstigen Einkünfte, die Mitglieder des Bundestages durch den Staat erhalten zu befinden. Inhalt der Abstimmung soll sein, ob folgender Text an die Mitglieder des Bundestages, die der Fraktion der SPD angehören, durch die SPD Bundesebene gerichtet wird.

“Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

in einer Zeit, in der die öffentliche Hand ihren Angestellten, Arbeitern und Beamten regelmäßig das Einkommen in der aktiven Zeit sowie in der Zeit nach dem aktiven Dienst gekürzt hat, rund fünf Millionen Menschen arbeitslos gemeldet sind und von jedem Bürger immer wieder Einschnitte und Beiträge zur Sanierung der öffentlichen Finanzen verlangt werden, ist es nicht geboten, dass sich die Spitze der Politik in Deutschland eine Erhöhung der Einkünfte, Aufwandsentschädigungen sowie der Pensionen aus dem Dienst am Land selbst bewilligt. Du und alle Angehörigen der SPD Fraktion im Bundestag werden aufgefordert, gegen eine solche Erhöhung zu stimmen. Zugleich fordern wir dich auf deine Abstimmung öffentlich und nicht geheim vorzunehmen.

Zugleich wird empfohlen, das derzeit bestehende Einkommen sofort und ohne vorhergehende Erhöhung an die Entwicklung des realen Einkommens der Bürger (ausdrücklich einschließlich der Arbeitslosen) der Bundesrepublik Deutschland zu koppeln. Alle Angehörigen der SPD Fraktion im Bundestag werden aufgefordert, einen dementsprechenden Antrag zur Abstimmung im Parlament zu formulieren und zur Abstimmung zu bringen. Damit wird erreicht, dass die Parlamentarier sich nicht mehr selbst das Gehalt erhöhen können, sondern sie direkt an ihrem Erfolg und dem Wohlstand der Bürger orientiert bezahlt werden.

Für den Fall, dass ein solcher Antrag aufgrund des Abstimmungsverhaltens von Angehörigen anderer Fraktionen scheitert, werden die Angehörigen der SPD Fraktion dazu aufgefordert, den ggf. dadurch gewonnenen Mehrbetrag gegenüber einer nach zu kalkulierenden Einkünfteentwicklung entsprechend des vorstehenden Absatzes an karitative Einrichtungen oder die Bundesrepublik Deutschland zu spenden und der Partei darüber abschließend zu berichten.

Um den Bürgern unserer Republik zu zeigen, dass unsere Mitglieder und Vertreter des Volkes im Bundestag nichts zu verbergen haben, empfehlen wir zugleich, alle Nebeneinkünfte detailliert oder zumindest in Gesamtsumme offen zu legen und zu ausdrücklich zu versichern, dass keine weiteren Einkünfte daneben bestehen. “

2. Der SPD-OV Schwetzingen möge beschließen, den Antrag nach 1. in einem offen Brief schnellstmöglich zu formulieren und sofort neben den maßgeblichen Stellen der Partei direkt allen Bundestagsabgeordneten der SPD aus dem Rhein-Neckar-Kreis sowie den regionalen Zeitungen zur Veröffentlichung zu übergeben.

Pressemitteilung

SPD-Ortsverein Schwetzingen stellt sich gegen Diätenerhöhung

In seiner letzten Sitzung hat der SPD-Ortsverein Schwetzingen auf Antrag von Martin Rostock beschlossen, dass die Parlamentarier sich zukünftig ihre Bezüge nicht mehr selbst anpassen sollen, sondern diese an die reale Einkommenentwicklung aller Bürger inklusive Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger gekoppelt wird.

Zugleich werden alle Parlamentarier aufgefordert sämtliche Ihre Nebeneinkünfte offenzulegen. Hier einige Auszüge aus dem Antrag:

In einer Zeit, in der die öffentliche Hand ihren Angestellten, Arbeitern und Beamten regelmäßig das Einkommen in der aktiven Zeit sowie in der Zeit nach dem aktiven Dienst gekürzt hat, rund fünf Millionen Menschen arbeitslos gemeldet sind und von jedem Bürger immer wieder Einschnitte und Beiträge zur Sanierung der öffentlichen Finanzen verlangt werden, ist es nicht geboten, dass sich die Spitze der Politik in Deutschland eine Erhöhung der Einkünfte, Aufwandsentschädigungen sowie der Pensionen aus dem Dienst am Land selbst bewilligt. Alle Angehörigen der SPD Fraktion im Bundestag werden aufgefordert, gegen eine solche Erhöhung zu stimmen. Zugleich fordern wir auf die Abstimmung öffentlich und nicht geheim vorzunehmen.

Zugleich wird empfohlen, das derzeit bestehende Einkommen sofort und ohne vorhergehende Erhöhung an die Entwicklung des realen Einkommens der Bürger (ausdrücklich einschließlich der Arbeitslosen) der Bundesrepublik Deutschland zu koppeln. Alle Angehörigen der SPD Fraktion im Bundestag werden aufgefordert, einen dementsprechenden Antrag zur Abstimmung im Parlament zu formulieren und zur Abstimmung zu bringen. Damit wird erreicht, dass die Parlamentarier sich nicht mehr selbst das Gehalt erhöhen können, sondern sie direkt an ihrem Erfolg und dem Wohlstand der Bürger orientiert bezahlt werden.

Um den Bürgern unserer Republik zu zeigen, dass unsere Mitglieder und Vertreter des Volkes im Bundestag nichts zu verbergen haben, empfehlen wir zugleich, alle Nebeneinkünfte detailliert oder zumindest in Gesamtsumme offen zu legen und zu ausdrücklich zu versichern, dass keine weiteren Einkünfte daneben bestehen

Dieser Antrag wird nun vom SPD-Ortsverein Schwetzingen auf dem nächsten Kreisparteitag eingebracht und zeitgleich als Aufruf bereits den SPD-Abgeordneten der Region zugesandt.